

Den Konflikt sachlich austragen

Waldecks Parlament äußert sich mehrheitlich gegen Hähnchenmastanlage und setzt auf fairen Umgang

WALDECK. Die Debatte um die Waldecker Hähnchenmastanlage hat offiziell die Stadtverordnetenversammlung erreicht. Die Fraktionen diskutierten auf Antrag der FWG. Gemessen an den Stellungnahmen stellt sich die Mehrheit gegen das Projekt. Abgestimmt wurde aber nicht, denn die Freien Wähler hatten rein die Aussprache beantragt, aber keinen Handlungsauftrag an den Magistrat formuliert.

GEGEN DEN PARAGRAFEN 35

„Alle Beteiligten sind um Sachlichkeit bemüht, anders als bei der Grundschule“, meinte FWG-Fraktionschef Martin Germann. Er bezeichnete „die Massentierhaltung als Auslaufmodell“ und hat kein Verständnis dafür, dass solche Anlagen unter den Paragraphen 35 des Baugesetzbuches fallen. Dieser räumt Bauernhöfen Vorrechte bei Baugenehmigungen ein und lässt den Kommunen kein Mitgestaltungsrecht. Das müsse geändert werden, sagte Germann, und unterstützt die Resolution des Kreistags, die dasselbe Ziel verfolgt. Der Waldecker Ortsbeirat schlage ebenso in diese Kerbe. „Steter Tropfen höhlt den Stein“, betonte Germann und forderte, dass die Stadtverordneten mitziehen: „Ich hoffe, dass die Mastanlage nicht gebaut wird, auch wenn der Regierungspräsident sie wohl genehmigt.“

Martin Neuhaus (Grüne) sieht den Paragraphen 35 gar im Widerspruch zum Paragraphen 1 des Baugesetzbuches. Dieser verpflichte die Kommunen zu vorderst, gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse durch Bauleitplanung zu gewährleisten.

VERBRAUCHER UND KONZERNE

Dr. Harald Schaaf, Fraktionsvorsitzender der SPD, betrachtet die Spezialisierung in der Landwirtschaft generell als Gefahr: Der in industriellen Mastanlagen anfallende



Doch noch offiziell Thema bei den Waldecker Stadtverordneten: Die Mehrheit der Stellungnahmen brachte Ablehnung der geplanten Hähnchenmastanlage zum Ausdruck.

Foto: Archiv

Den Mastanlagen anfallende Dung werde nicht mehr komplett an Ort und Stelle verwertet. Der Dung-Import aus Schwerpunktregionen der Fleischmast stelle Erfolge im Grundwasserschutz in Frage.

Das zu ändern liege auch in der Verantwortung des Verbrauchers: Besser, der Kunde greife zu regionalen Produkten aus bäuerlicher Landwirtschaft, auch wenn sie teurer seien, mahnte Schaaf. Den Magistrat fordert die SPD auf, bei der Genehmigung der Mastanlage durch den RP auf strenge

te Einhaltung aller Voraussetzungen zu pochen.

Grünen-Stadtverordneter Ralph Krombach betonte: „Es ist absurd, dass sich Bauern durch verfehlte Agrarpolitik vor den Karren der Konzerne spannen und von der Fleischindustrie versklaven lassen.“

BAUERN IN DER ZWICKMÜHLE

CDU-Fraktionsvorsitzender Jürgen Vollbracht verwies dagegen auf die widersprüchliche Haltung Vieler gegenüber der Landwirtschaft: „Tierhaltung im Ort ist unmöglich geworden, weil Anwohner dagegen sind. Was wollen die Leute eigentlich noch essen, und wo fängt Massentierhaltung an?“

Daniel Hankel (FDP) beschrieb die Zwickmühle, in der Landwirte stecken. In der modernen Gesellschaft sta-

gnierten die Preise für bäuerliche Produkte, doch alles andere werde teurer. Zugleich verliere die Landwirtschaft in Deutschland täglich 98 Hektar Fläche an andere Zwecke: „Um Erträge zu verbessern, müssen Höfe intensivieren, ohne mehr Fläche zu verbrauchen.“ Es sei bedauerlich, dass dies in Waldeck geschehe, aber die FDP wende sich gegen das St. Florians-Prinzip: „Auch in Waldeck werden Hähnchen und Puten konsumiert.“ Es sei nötig, ohne Hetze gegen Landwirte einen Kompromiss zu suchen, der Tier- und Menschenwohl mit ökonomischen Zwängen verbinde.

Peter Trietsch (Grüne) wertete das als Persilschein für Intensivtierhaltung: „Das kann man so nicht stehen lassen. Es gibt andere Möglichkeiten.“

Auf die Schutzgüter pochen

Wie der Ortsbeirat verlangt die SPD-Fraktion vom Magistrat, beim Regierungspräsidium auf strenge Auslegung der Genehmigungsbedingungen zu drängen. Das Verfahren folgt dem Bundesimmissionschutzgesetz (BimSch), das regelt, wie die Umwelt vor Belastungen durch eine Anlage zu bewahren ist.

Der Magistrat soll das vorliegende Windgutachten anzweifeln, da es sich auf einen ähnlichen Fall beziehe, aber

die konkreten Umstände in Waldeck nicht untersuche, argumentiert die SPD. Nur eigene Untersuchungen könnten die tatsächliche Ausbreitung der Abluft ermitteln.

Zum Schutz der Bewohner im Umfeld der Mastanlage sei ein Filter für die Abluft einzubauen.

Zum Schutz des Grundwassers – der Standort liege im Heilquellenschutzgebiet der Zone 1 – dürfe der Investor keinen Brunnen bohren, sondern müsse sich an die öffent-

Kommentar

Formfehler sei Dank



Matthias Schuld zur Debatte im Parlament um Hähnchenmast in Waldeck

gut, dass es Formfehler gibt. Die Aussprache war wichtig, denn sie zeigt, wie ein zentrales Problem unserer Gesellschaft sich an der Basis auswirkt. Und wie von unten Impulse ausgehen, oben etwas zu ändern.

Das Dilemma liegt in der Wucht, welche die Denkweisen der Wirtschaftswissenschaften im Alltag entwickelt haben. Ökonomen erheben ihre Regeln in den Rang von Naturgesetzen. Kernaussage für die Landwirtschaft: Intensivieren oder weichen. Doch echte Naturgesetze schreibt das Leben seit Jahrmillionen. Eine Hand voll Mutterboden beherbergt mehr Organismen als der Planet Menschen hat. Ihr unendlich fein verästeltes, austariertes Zusammenspiel erfassen wir längst nicht. Ein Eindruck verfestigt sich aber seit Jahrzehnten mit beinahe jeder neuen Erkenntnis der Bio-Wissenschaften. Wir überziehen die Leistungsgrenzen der ökologischen Systeme, von denen unser Überleben abhängt. Ökologische Systeme brechen unter Überbelastung zusammen. Kein Ökonom verhindert das mit seinen „Naturgesetzen“. Die frostbedingten Ernteverluste bei Äpfeln 2017 lassen leise erahnen, was auf uns zukäme, wenn zwei Drittel unserer Kulturpflanzen kaum noch Erträge brächten, weil der Bestand an bestäubenden Insekten eingebrochen ist. Äußerste Behutsamkeit tut Not, angefangen vor der eigenen Haustür. Und das soll kein Thema sein im Kommunalparlament, dort, wo Politik den Problemen täglich hautnah begegnet?

HINTERGRUND

Formfehler ermöglicht erst die Debatte

Die FWG hat die Aussprache zur Hähnchenmast beantragt. Stadtverordnetenvorsteher Werner Pilger setzte den Punkt in der Einladung auf die Tagesordnung. Das hätte eigentlich nicht sein dürfen, erkannte er dann. Grund: Laut Geschäftsordnung debattiert das Waldecker Parlament nur dann über ein Thema, wenn damit ein konkreter Handlungsauftrag an den Magistrat verbunden ist. Doch als die Einladung abgeschickt war, ließ sich das Ganze nicht mehr zurückholen, denn nachträglich darf der Vorsteher die Tagesordnung nicht ändern. Ohne diesen Formfehler wäre das Thema demnach nicht besprochen worden. CDU und FDP kritisierten, dass die FWG

diesen Fehler ausgenutzt habe und den Tagesordnungspunkt nicht von sich aus zurückzog. Fraktionschef Martin Germann sieht es anders: „Die Geschäftsordnung besagt nur, dass der Stadtverordnetenvorsteher unserem Antrag nicht hätte stattgeben müssen, wie es bei Handlungsaufträgen für den Magistrat der Fall ist. Andererseits verbietet es die Geschäftsordnung auch nicht, ein Thema im Parlament einfach zu besprechen.“

Investor Karl Schwalenstöcker, Mitglied der CDU-Fraktion, verließ den Saal vor Beginn der Debatte, wie es die parlamentarischen Regeln unter der Überschrift „Befangenheit“ vorschreiben. (su)

liche Wasserversorgung anschließen.

Zum Schutz des Bodens und des Grundwassers bezüglich des anfallenden Dungs müsse der Investor ein Entsorgungskonzept vorlegen, in dem der Dung nur entsprechend dem Nährstoffbedarf von Boden und Nutzpflanze ausgebracht werden dürfe.

Mit dem finanziellen Aufwand für die Verkehrs-Erschließung der Anlage dürfe nicht die Allgemeinheit belastet werden. (su)